

„Wenn ich sterbe, wird es wieder leichter für sie“

Viele Menschen in Thüringen haben einen Nebenjob, von dem das Finanzamt nichts weiß. Sie sind dafür nicht ausgebildet und bekommen auch keine Bezahlung. Aber dieser Job bringt sie an den Rand ihrer Kräfte. Denn viele Menschen in Thüringen sind pflegende Angehörige.

Von Eike Kellermann

Der Wecker bei Frau R. klingelt an jedem Arbeitstag früh um halb vier. Dann beginnt sie ihren Nebenjob, für den sie keine Ausbildung hat, keinen Arbeitsvertrag, keine Bezahlung. Frau R. pflegt ihre Mutter, Pflegegrad 3. Gegen 4.30 Uhr trifft sie bei ihr ein, weckt sie, bringt sie ins Wohnzimmer und setzt sie in den Sessel vor den Fernseher. Später am Morgen kommt der Pflegedienst. Frau R. ist da schon längst an ihrem eigentlichen Arbeitsplatz. Sie leitet einen Einkaufsmarkt. Diesen Job möchte sie unbedingt behalten. Würde sie ihn aufgeben, müsste sie in Schichten an der Kasse arbeiten und hätte nicht nur weniger Lohn, sondern auch weniger Flexibilität.

So aber kann sie gegen 14 Uhr wieder zu ihrer Mutter fahren. Sie kocht, sie essen zusammen, sie kümmert sich um den Haushalt und bleibt bis zum Abend. Erschöpft fällt sie daheim ins Bett. Ihre Arbeit im Supermarkt und die Pflege ihrer Mutter, das wächst ihr eigentlich über den Kopf. Sie hatte selbst schon einen leichten Schlaganfall. Doch was soll sie tun? Entlastung würde es ihr bringen, wenn die Mutter wenigstens tagsüber in einer Tagespflege-Einrichtung versorgt und betreut würde. Doch sie will das nicht. Sie fühle sich zu Hause sicherer, sagt sie zu ihrer Tochter.

Wie Frau R. ergeht es vielen Menschen. Das sagt Sigrun Fuchs vom Verein „Wir pflegen - Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger in Thüringen“, der die Geschichte von Frau R. nach einem Gespräch auf der Gesundheitsmesse in Erfurt Anfang März festgehalten hat. Ein Interview mit einem Betroffenen konnte selbst der Verein nicht vermitteln.

„Wir schämen uns zu sagen, mein Vater hat Demenz“, so die Erfahrung von Sigrun Fuchs aus vielen Gesprächen. Da sei etwa der Geschäftsführer einer Firma, der seine Mutter wickle, weil sie inkontinent geworden sei. So etwas sei nicht nur schamgesetzt. Es passe auch nicht in eine auf Jugend und Leistung getrimmte Gesellschaft.

Häusliche Pflege steht im Schatten der öffentlichen Wahrnehmung. Während über Pflegeheime und die Forderungen der Mitarbeiter nach besseren Arbeitsbedingungen

Die eigenen Eltern oder den Partner pflegen – viele Angehörige bringt das an den Rand ihrer Kräfte.

Symbolfoto: imago stock&people

in den Medien mittlerweile breit berichtet wird, spielen die Nöte der pflegenden Angehörigen so gut wie keine Rolle. Dabei tragen sie mit Beruf und Pflege eine doppelte Last. Das bringt sie an den Rand ihrer Kräfte. „Die Leute kriechen auf dem Zahnfleisch. Ganz viele pflegen sich in den Burn-out“, sagt Sigrun Fuchs, die selbst ihre 86-jährige Mutter pflegt.

Hunderttausende Beispiele

Fuchs schätzt, dass rund 220 000 Menschen in Thüringen Angehörige pflegen. Genaue Zahlen gibt es nicht. Angaben des Landesamtes für Statistik machen aber die Dimension deutlich. Ende 2021 wurden rund 166 000 Pflegebedürftige in Thüringen gezählt. Aber nur 14 Prozent von ihnen waren in Pflegeheimen vollstationär untergebracht. Weitere 23 Prozent wurden ambulant betreut, also lediglich zeitweise. Demnach sind bei 86 Prozent der Pflegefälle die Angehörigen mehr oder weniger gefordert.

Die Fortschritte der Medizin und ein hoher Lebensstandard, was beides uns erfreulicherweise älter werden lässt, gehen einher mit einer steigenden Zahl von Pflegebedürftigen. Allein in den zwei Jahren von 2019 bis 2021 hat sie in Thüringen um fast 23 Prozent zugenommen. Deshalb werden immer mehr Angehörige zu Pflegenden. Die größte Gruppe, sagt Sigrun Fuchs, seien Leute ab 50, die ihre Eltern oder Schwiegereltern pflegten. Eine zweite große Gruppe seien Leute über 70, die ihren Partner oder ihre Partnerin betreuten. Schließlich gebe es noch eine große Gruppe der Eltern pflegebedürftiger Kinder.

Und jeder Fall ist auf seine Weise kompli-

ziert. Da sind etwa die weiten Wege der berufstätigen Kinder zu den pflegebedürftigen Eltern. Oder es muss entschieden werden, ob sie weiter in ihrer Wohnung leben können. Mancherorts im ländlichen Thüringen ist wegen des Fachkräftemangels gar kein Pflegedienst mehr zu bekommen. Es kann auch zu Problemen kommen, wenn professionelle Pfleger – auch aus dem Ausland – in den Haushalt aufgenommen werden, ganz abgesehen von den hohen Kosten. Geschwister wiederum müssen sich einigen, wie sie das Pflegegeld gerecht untereinander aufteilen. Und Pflegezeit kann lange dauern. Bei Senioren im Durchschnitt sieben bis acht Jahre, sagt Sigrun Fuchs.

Die Schicksale, die ihr Verein aus Gesprächen mit pflegenden Angehörigen dokumentiert hat, berühren zutiefst. Da ist Frau M., die ihren 26-jährigen pflegebedürftigen Sohn betreut. Sie wünscht sich eine Auszeit, um selbst wieder Kraft schöpfen zu können. Doch dafür müsste sie ihren Sohn in einem Altenheim unterbringen, denn andere Angebote gebe es nicht. Das aber will sie ihm nicht antun. Viele pflegende Angehörige könnten nicht mehr in den Urlaub fahren, selbst das Ausgehen sei schwierig, sagt Fuchs. Denn Kurzzeit-Plätze in Pflegeheimen gebe es nur sehr wenige. Außerdem wehrten sich viele Senioren gegen einen Heimaufenthalt aus Angst, dann für immer dort bleiben zu müssen.

Die Scham herrscht vor

Oder da ist die über 80-jährige Ehefrau, die ihren Mann jahrelang pflegte. Nun geht es nicht mehr. Einen Heimplatz für ihn fand ihre Tochter, nachdem sie unzählige Einrichtungen abtelefoniert hatte, nur in 45 Kilometern Entfernung. Dort wird die Frau ihren Mann ganz selten besuchen können. Denn ihre berufstätige Tochter wohnt noch

weiter weg.

Eine pflegebedürftige Frau hat dem Verein erzählt, wie sie ihren Alltag und die Belastung ihrer Tochter erlebt. Wenn sie der Pflegedienst früh versorgt habe, sei sie den ganzen Tag allein zu Hause. Abends komme dann ihre Tochter, die mit Job und Kindern eigentlich genug zu tun habe. „Ich schäme mich dafür, dass sie sich auch noch um mich alte Fregatte kümmern muss“, sagt die Mutter. Manchmal weine die Tochter, wenn sie sich kurz setzte, nachdem sie den Haushalt bei ihr gemacht habe. „Dann hoffe ich, dass ich bald sterbe, damit sie es wieder leichter hat.“

Vor allem Frauen pflegen

Bei pflegenden Angehörigen komme es zu mehr Fehltagen und chronischen Erkrankungen, sagt Sigrun Fuchs. Überwiegend übernahmen Frauen die Pflege. Wenn sie dafür ihre Arbeitszeit reduzierten oder ganz aus dem Job ausstiegen, merkten sie das später bei der Rente. Pflege ist ein Ausbildungs-

beruf. Pflegende Angehörige müssen sich das aber selbst beibringen. „Wie wasche ich jemanden, wie hebe ich ihn richtig, ohne mich selbst kaputt zu machen“, beschreibt Sigrun Fuchs die Probleme. „Pflege war kein Schulfach. Wir wissen das doch alle nicht.“ Viele fühlten sich auch vom bürokratischen Aufwand, der mit der Pflege einhergeht, überfordert. Außerdem machten die hohen Kosten Angst. Eine Krankenschwester mit zwei schulpflichtigen Kindern etwa soll für die Tagespflege ihrer Mutter mit Pflegegrad 4 fast 1300 Euro im Monat zuzahlen.

Wenn der Verein pflegender Angehöriger mit Betroffenen ins Gespräch kommt, dann haben die meist so etwas wie ein Aha-Erlebnis. Sie merken, sie sind nicht allein mit ihren Problemen, es gibt ganz viele, denen es genauso geht. Aber trotz aller Probleme, so Sigrun Fuchs, sollte nicht vergessen werden, dass Pflege auch etwas Erfüllendes habe: „Viele Angehörige wollen das tun, weil sie etwas zurückgeben wollen. Es ist eine ganz intensive Phase mit den Eltern.“

Kurse, Beratung und Stärkung

Der Verein „Wir pflegen - Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger in Thüringen“ wurde Anfang 2020 gegründet. Er gehört zu einem bundesweiten Zusammenschluss pflegender Angehöriger. Der Verein möchte das Durchhaltevermögen der Angehörigen stärken. Eine seiner Forderungen lautet, dass es für pflegende Angehörige eine Lohnersatzleistung wie das Elterngeld nach der Geburt eines Kindes geben

müsse. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung findet sich dazu das Versprechen: „Wir werden Familien dabei unterstützen, wenn sie Zeit für Erziehung und Pflege brauchen und dabei Erwerbs- und Sorgearbeit partnerschaftlich aufteilen wollen.“ Für Thüringen fordert der Verein mehr Beratungsangebote, weil viele Betroffene mit der Pflegesituation überfordert seien. Daher müssten – wie in anderen Bundesländern – so-

genannte Pflegestützpunkte in allen 22 Landkreisen und kreisfreien Städten eingerichtet werden. Bisher gibt es landesweit nur sechs. Der einzige in Südthüringen ist in Meiningen. Hier bietet die Volkshochschule auch Kurse für pflegende Angehörige an.

– Verein pflegender Angehöriger: www.wir-pflegen-thueringen.de
– Pflegestützpunkt für Südthüringen: 03693 485-8544

CDU-Schelte für rot-rot-grüne Migrationspolitik

Wie weiter mit Asyl und Einwanderung? Die Thüringer CDU spricht sich dafür aus, sich an deutschen Interessen zu orientieren. Der Landesregierung macht sie schwere Vorhaltungen.

Von Eike Kellermann

ERFURT. Seit Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) 2015 am Bahnhof Saalfeld einen Zug mit syrischen Flüchtlingen mit „Inshallah“ (So Gott will) begrüßte, erweckte er in der politischen Debatte den Eindruck, die Flüchtlinge könnten das Fachkräfte-Problem hierzulande lösen. Nach einem Besuch in der Erstaufnahme-Einrichtung in Suhl notierte er etwa, dass „viele der Flüchtlinge hoch qualifiziert“ seien. Mit einem „Spurwechsel“ vom Asylverfahren ins Einwanderungsrecht meinte er, ihnen eine Perspektive eröffnen und neue Arbeitskräfte gewinnen zu können. Acht Jahre später und

in einer größeren Fluchtbewegung als damals, erklärt die Thüringer CDU Ramelows Verheißung für gescheitert.

„Das Fachkräfte-Problem wurde bisher durch Zuwanderung nicht gelöst“, sagt CDU-Migrationspolitiker Stefan Schard. Gemeinsam mit Generalsekretär Christian Herrgott stellte er am Dienstag das vom CDU-Landesvorstand beschlossene Positionspapier „Für eine geordnete und verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik“ vor. An Ramelow und der rot-rot-grünen Landesregierung ließ die größte Oppositionsfraktion dabei kein gutes Haar.

„Uns stellt sich die Frage, ob Ministerpräsident Bodo Ramelow an einer Lösung interessiert ist oder nur noch den Status quo verwaltet“, so Herrgott. Tatsächlich ist aus dem einstigen Aktionismus



Foto: dpa-Zentralbild/Martin Schütt

„Das Fachkräfte-Problem wurde bisher durch Zuwanderung nicht gelöst.“

Stefan Schard,
Migrationspolitiker der CDU-Landtagsfraktion

des Regierungschefs inzwischen so etwas wie ein Abtauchen geworden. In der aktuell mit 1045 Personen besetzten Erstaufnahme-Einrichtung in Suhl war er seit Beginn des Ukraine-Kriegs jedenfalls noch nicht. Dabei ist die aktuelle Fluchtbewegung größer als die von 2015.

Damals, so die beiden CDU-Politiker, seien 29 600 Flüchtlinge nach Thüringen gekommen. 2022 waren es allein 32 000 Ukrainer, vornehmlich Frauen und Kinder, während die Männer ihr Land gegen die russischen Truppen verteidigten. Überdies seien 6200 Asylsuchende aus anderen Staaten aufgenommen worden. In diesem Jahr werde mit zusätzlichen 14 000 Schutzsuchenden gerechnet, 8000 aus der Ukraine, 6000 aus anderen Staaten.

Schard und Herrgott plädieren wegen des knapp gewordenen Wohnraums in den Thüringer Kommunen dafür, dass Asylbewerber, die voraussichtlich nicht anerkannt werden, in einer Erstaufnahme-Einrichtung bleiben und nicht auf die Landkreise und kreisfreien Städte aufgeteilt werden. Da die Erstaufnahme in Suhl „dauerhaft überbelegt“ sei, fordern sie vom Land, mehr entsprechende Einrichtungen zu schaffen. Dazu hatte Ramelow vorigen Herbst, unzufrieden mit dem damaligen Migrationsminister Dirk Adams (Grüne), eine Initiative gestartet. Bislang wurde aber nur eine Halle in Hermsdorf als weitere Notunterkunft eröffnet. Die auf rund 290 Euro anwachsende Pauschale, die die Kommunen für jeden Unterkunftsplatz bekommen sollen, halten Schard und Herrgott für deutlich zu wenig. Sie verweisen auf Sachen, wo es ungefähr das Doppelte gebe, auch wenn dort noch weitere Kosten berücksichtigt seien.

Weil auch die Thüringer Wirtschaft zunehmend Arbeitskräfte sucht, sperrt sich die CDU keineswegs gegen Einwanderung, aber

dies müsse von der Asylfrage getrennt werden. Schard spricht sich für eine Begrenzung aus. Dazu gehöre, abgelehnte Asylbewerber „konsequenter“ abzuschieben und solche, die aus sicheren Ländern nach Deutschland kommen wollten, die Einreise zu verweigern. Das dürfe kein Tabu sein. Herrgott zufolge muss sich die Einwanderung sich an den Interessen Deutschlands ausrichten.

Dazu gehört für die beiden CDU-Politiker, dass in Thüringen schnell die im Haushalt 2023 bereitstehenden 12,5 Millionen Euro verbaut werden, um wie geplant 2500 neue Wohnungen für Flüchtlinge zu schaffen. Aber auch kleine Ursachen können nach ihrer Ansicht eine große Wirkung haben. So seien im Landesverwaltungsamt bisher lediglich drei Mitarbeiter damit beschäftigt, die Abschlüsse von Zuwanderern zu prüfen. Die Zahl müsse mindestens verdoppelt werden. Von pathetischen Gesten wie 2015 halten sie in der aktuellen Lage überhaupt nichts. Schard: Bei der Zuwanderung gehe es „sowohl um Humanismus als auch um Realismus“.

Kommentar Seite 4